

Bundesminister der Finanzen  
Herr Olaf Scholz  
Wilhelmstraße 93  
10117 Berlin

Wien, am 10. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Minister Scholz,

Die „*Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück*“ wurde von Überlebenden des Konzentrationslagers Ravensbrück gegründet. Ihre Mitglieder widmen sich seit mehr als 70 Jahren dem Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus.

Vor Kurzem mussten wir mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen, dass einer der in der antifaschistischen Arbeit engagiertesten Organisationen – die VVN–BdA (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) der Status der Gemeinnützigkeit durch die Steuerbehörden des deutschen Staates entzogen wurde.

Wir weisen hier nachdrücklich auf die historische Bedeutung dieser Vereinigung hin, die bereits seit 1947 tätig ist und schließen uns in diesem Fall der Haltung des Internationalen Auschwitzkomitees an, deren Exekutiv-Vizepräsident Christoph Heubner diese Entscheidung als **Skandal** bezeichnete, mit dem „Deutschlands Ansehen beschädigt und das gemeinsame Engagement gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus erheblich geschwächt“ wird.

Es ist politisch nicht vertretbar, dass die Arbeit, mit der über Jahrzehnte junge Menschen für demokratische Anliegen sensibilisiert und zum Auftreten gegen faschistische / nationalsozialistische Strömungen aktiviert wurden, auf Grund der tendenziösen Einschätzung des bayrischen Verfassungsschutzes derart desavouiert und behindert und die Vereinigung existenzgefährdend zur Kasse gebeten wird. Wie der Beauftragte der Jüdischen Gemeinde gegen Antisemitismus, Sigmund A. Königsberg, bereits ausgeführt hat: Es ist nicht hinnehmbar, wenn der Staat demokratisches Engagement gegen Rechtsradikale und Nazis sanktioniert.

Wie wir den bundesdeutschen Medien entnehmen konnten, haben Sie bereits Schritte gesetzt, Ihr Vorhaben, politisch engagierten Vereinen die Steuervorteile zu streichen, wieder zu verwerfen.

Diesen Schritt begrüßen wir.

Diese Entscheidung muss aber auch und erst recht für die VVN-BdA gelten!

Wir fordern Sie daher auf, den Appell der Auschwitz- und Ravensbrück-Überlebenden Esther Bejarano ernst zu nehmen und ihrer und der Forderung von vielen PolitikerInnen zu folgen, ALLES zu tun, um diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Denn was kann gemeinnütziger sein als der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus? Ein weiteres Erstarren der rechtsextremen Gruppierungen zu unterbinden, muss vordringliches Anliegen aller demokratisch gesinnten Menschen und v.a. auch aller demokratischen PolitikerInnen sein.

Darüber hinaus fordern wir Sie auf, Rechtssicherheit für alle im Antifaschismus engagierten politisch aktiven Vereine zu schaffen. Antifaschistisches Engagement darf nicht zu einer extremistischen Tat umgedeutet werden!

Mit antifaschistischen Grüßen

Mag.<sup>a</sup> Bernadette Dewald

Für die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen